



Pressemitteilung

Bündnis fordert die Demokratisierung der stadtnahen Gesellschaften

Mainz / Wiesbaden, 09.10.2009: "Auch wenn das Kohlekraftwerk nun auf Eis gelegt ist, und niemand ernsthaft mehr erwartet, dass dieses unsägliche Projekt jemals realisiert wird, betrachten wir unsere Arbeit nicht als beendet. Wir werden den Weg der künftigen Energieversorgung in der Region konstruktiv begleiten. Dies gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Äußerungen der Vorstände der KMW AG, die sich offensichtlich noch immer nicht von ihren Kohleträumen verabschieden wollen.", so Marc Legg, 1. Vorsitzender des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden.

"Um sicher zu stellen, dass der nun mehrheitlich politische Wille einer zukunftsfähigen Energieversorgung nun auch tatsächlich umgesetzt wird, ist der erste Weg der der Umwandlung der stadtnahen Gesellschaften. Es muss gewährleistet sein, dass der politische Mehrheitswille der Städte Mainz und Wiesbaden in den stadtnahen Gesellschaften auch umgesetzt wird. Dies ist in der derzeitigen Gesellschaftsform der Muttergesellschaften ESWE AG und Stadtwerke Mainz AG und deren gemeinsamen Tochtergesellschaft, der Kraftwerke Mainz Wiesbaden AG nicht möglich. Die Politiker in Mainz und Wiesbaden sind daher aufgefordert, die notwendigen Schritte zur Umwandlung der stadtnahen Gesellschaften in die Wege zu leiten", so Marc Legg.

"Das oftmals gegen die Umwandlung ins Feld führte Argument, die Arbeitnehmer verlören ihre Mitbestimmungsrechte, wenn sich die Rechtsform von einer Aktiengesellschaft in eine GmbH wandelt, ist unbegründet", so Jörg Jordan, Mitglied des Bündnisvorstandes und ehemaliger hessischer Minister für Landesentwicklung (SPD). "Auch in der Form einer GmbH können und werden den Arbeitnehmern die gleichen Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden, wie sie diese derzeit haben. Es geht bei der Umwandlung auch nicht darum, Arbeitnehmerrechte zu beschneiden, sondern vielmehr darum, die stadtnahen Gesellschaften wieder zu demokratisieren und dafür zu sorgen, dass der Bürgerwille dort umgesetzt wird.", so Jörg Jordan abschließend.